…bend, 6. Februar 1932
…en
……Meter 45.
…renfarbig… breit Meter 59.
…breit Meter 78.
…zirka 112 cm …Meter 1.45, 95.
…eide …n bedruckt, …Meter 95.
…mit Einsätzen …er 3.75, 2.90, 1.45
…ck 4.90, 3.90, 1.95
…Meter 1.55
…nen, in allen …Meter 1.45
…Behang… …6.90, 4.50, 2.95
…on …Garnitur 9.75
…haltbare Filet- …7.50, 5.90
…urohzug 12.50, …Kunstseidentüll 9.75
…Wollfüllung …75, 80×180 6.90
…ohrstärke… 17.50
…äsche
…Spitzen reich …1.95, 95, 45.
…en …hestoffen, in …3.95, 1.95, 95.
…ge …zarten Farben …5.90, 3.95, 1.95
…Stickerei oder …3.95, 1.95, 1.45
…aus Kunstseide 1.35
…ke …pitzen und Ein- …3.95, 2.95, 1.95
…r …mause… …3.95, 2.95, 1.35
…äsche
…cm hoch, alle 10
…ne halbsteife 28.
…1.90, 1.45
…len …sche und hüb- …2.90, 1.90
…anschetten… 1.90
…ustert… 2.90
N N
Z

76. Jahrgang. Nr. 63 Sonntag, 7. Februar 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 941. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.30 M. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.30 M. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 15 Pfg., außerhalb Sachsens 20 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 300 Pfg., außerhalb 300 Pfg. abz. Seitenabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 35 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1060 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Amerika lehnt Tardieus Vorschläge ab

„Ein Versuch, die Abrüstung zu umgehen"

Washington, 6. Febr. Präsident Hoover wird, wie versichert wird, die amerikanische Abordnung in Genf anweisen, den französischen Vorschlag für Schaffung einer internationalen Polizei glatt abzulehnen. Zuständige Stellen sehen den Vorschlag als einen neuen Versuch Frankreichs an, die Abrüstung zu umgehen. Washington sei durch dieses alte Manöver nicht überrascht.

„Europa in einer Zwangsjacke"

Borah brandmarkt den französischen Vorschlag

Washington, 6. Febr. Senator Borah brandmarkte in einer Unterredung mit einem Pressevertreter den französischen Vorschlag, eine internationale Polizeitruppe zu schaffen, als einen Versuch, Europa in eine Zwangsjacke zu stecken. „Der Vorschlag", so erklärte Borah, „ist das logische Erzeugnis des Versailler Vertrages und der anderen Friedensverträge. Verträge, die weder auf Ehre noch Gerechtigkeit aufgebaut sind, können eben nur durch Gewalt aufrechterhalten werden. Die Absicht der Franzosen ist es, den Status quo ohne Rücksicht auf Gerechtigkeit und auf die Rechte eines Volkes aufrechtzuerhalten, das im Wachstum und in der Entwicklung begriffen ist." Borah vertritt die Auffassung, daß nur wenige Regierungen den französischen Vorschlag unterstützen werden. — In Washington sieht man die Erklärung Borahs als den Todesstoß für den französischen Vorschlag an.

Ueberraschung und Empörung im Ausland

Der Angeklagte wirft sich zum Ankläger auf

Von unserem nach Genf entsandten W.-H.-Sonderberichterstatter

Genf, 6. Febr. Es stellt sich immer mehr heraus, daß es sich gestern tatsächlich um einen ganz großzügigen und für das Schicksal der Konferenz vielleicht entscheidenden französischen Vorstoß gehandelt hat. Das erkennt man in anderen Delegationen anscheinend zum Teil klarer, als in der deutschen. Jedenfalls könnten wir nichts Verhängnisvolleres tun, als wieder einmal den Kopf in den Sand zu stecken, den französischen Vorstoß zu unterschätzen und diese Haltung mit Unerschütterlichkeit und Nervenstärke zu verwechseln. Natürlich dürfen wir uns auch nicht von Frankreich auf das von ihm gewählte Kampfgelände abdrängen lassen und diese Verfälschung der eigentlichen Kernfrage zulassen. Die französische Delegation will von Anfang an die Rollen vertauschen. Der Angeklagte will sich zum Ankläger und gleichzeitig zum Verhandlungsleiter machen. Typisch für die französische Absicht ist der Schlußsatz eines Aufsatzes in der französischen Propagandazeitung „Journal des Nations", in dem es heißt: So steht die Konferenz am Scheidewege. Will sie den Frieden durch eine Rechtsorganisation der zivilisierten Welt, die allein ihn sichern kann, oder will sie diese grundsätzliche Lösung zurückweisen?

Also verantwortlich für alles Kommende sollen die Mächte sein, die Frankreichs frechen, heimtückischen Vorschlag ablehnen, die kampfkräftigsten Teile seiner Armee als Sanktionstruppen des Völkerbundes zu tarnen, um sie damit allen Abrüstungsverpflichtungen zu entziehen.

Selbst sonst Frankreich recht wohlwollend gesinnte Ausländer sind überrascht und zum Teil empört über diese französische Unverschämtheit und machen auch darauf aufmerksam, daß der Plan einer Internationalisierung der Luftfahrt und der fiktiven Verwandlung französischer und polnischer Militärflugzeuge in Völkerbundsflugzeuge Deutschland die Souveränität über seinen Luftraum rauben soll.

Tardieu unterrichtet Nadolny

Genf, 6. Febr. Die Vorschläge der französischen Regierung zur Sicherheits- und Abrüstungsfrage sind im Laufe des späten Freitagabend mit einem Begleitschreiben Tardieus der deutschen Abordnung übermittelt worden. Eine Prüfung und sachliche Stellungnahme zu diesen Vorschlägen war somit von deutscher Seite bisher noch nicht möglich. Jedoch geht der übereinstimmende Eindruck in deutschen Kreisen dahin, daß man vor einem außerordentlich ernsten Vorstoß der französischen Regierung steht, der die internationalen Erörterungen der nächsten Zeit beherrschen wird. Es ist kein Zweifel, daß diese Vorschläge für Deutschland unanwendbar sind, solange nicht auf Artikel 53 des Abkommensentwurfes verzichtet wird, der die Entwaffnungsbestimmungen für Deutschland aufrechterhalten will. Deutschland wäre damit schon praktisch nicht in der Lage, an der Verwirklichung der französischen Vorschläge mitzuwirken

Deutschland braucht einen Außenminister

Bekanntlich unterscheidet sich das zweite Kabinett Brüning von dem ersten im wesentlichen nur durch das Ausscheiden des Außenministers Dr. Curtius und des Innenministers Dr. Wirth. Seitdem verwaltet der Reichskanzler Dr. Brüning auch die auswärtigen Angelegenheiten im Nebenamt und der Reichswehrminister Groener das Innenministerium. Die Verwaltung mehrerer Ressorts durch einen Minister mag in ruhigen Zeiten zur Not angängig sein, in der schwierigen außen- und innerpolitischen Lage Deutschlands aber erweist sie sich je länger je mehr als ein schwerer Fehler. Die Zusammenlegung wichtiger Ressorts ist ja nicht aus Gründen der Sparsamkeit erfolgt, sondern eine Folge der schwachen Stellung des zweiten Kabinetts Brüning gegenüber dem Reichstag. Brüning wollte durch die Nichtbesetzung des Außenamtes und des Innenministeriums den gefährlichen Streit der Parteien beschwören. Aber er und sein Kabinett sind dadurch in außenpolitische Gefahren geraten, die sich für die Zukunft verhängnisvoller auswirken werden, als innerpolitische Schwierigkeiten, die sich leicht dadurch hätten überwinden lassen, daß Brüning dem Mehrheitswillen des Volkes, der eine Rechtsregierung fordert, Rechnung getragen hätte.

So stehen wir jetzt vor der Tatsache, daß wir bei der Genfer Abrüstungskonferenz unzureichend vertreten sind, obwohl es sich um die schicksalsschwere Entscheidung handelt, ob unsere Forderung auf völlige Gleichheit hinsichtlich des Rüstungsstandes und der Sicherheit siegt, oder ob sie von Frankreich für immer abgedrosselt wird. Das letztere würde bedeuten, daß Deutschland für unabsehbare Zeit zur Ohnmacht verdammt sein und genau dasselbe willenlose Objekt der Mächtigen bleiben würde, wie im Fernen Osten China. Wie riesengroß die Aufgaben sind, die in Genf geleistet werden müssen, das hat der wohl keineswegs überraschende Vorstoß Frankreichs gezeigt. Mit brutaler Eindeutigkeit gehen die Pariser Politiker darauf hinaus, das Abrüstungsthema überhaupt abzusetzen und dafür das am schwersten gerüstete Frankreich zum Polizisten über ganz Europa einzusetzen, das dann natürlich im Interesse der erhabenen Ideale des Völkerbundes seine Rüstungen so machtvoll wie nur irgend möglich gestalten darf. Wie raffiniert diese Pläne ausgesonnen sind, geht aus den Erwägungen hinsichtlich der entscheidendsten Waffe des Zukunftskrieges hervor. Danach soll das waffenlose Deutschland seine zivile Luftflotte durch Internationalisierung, das heißt natürlich letzten Endes Französisierung, verlieren, während der Völkerbundsgendarm Frankreich nebst seinen Satrapien das Recht bekommt, Deutschland mit mächtigen Militärluftflotten zu überfliegen. Die Einkreisung Deutschlands wäre damit auch sogar im bisher freien Luftraum zur Tatsache geworden. Die Verbindung Frankreichs mit seinen östlichen und südöstlichen Vasallen, Polen, Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien, wäre vollkommen. Wie rasch könnten sich diese Luftflotten zu „friedlichen" Uebungszwecken im Dienste des Völkerbundes über Deutschland treffen. Ja, nach japanischem Vorbild könnte man sogar, falls Deutschland einmal irgendwelchen „heiligen" Versailler Rechten nicht entspräche, einige hundert Brandbomben auf friedliche Städte werfen lassen.

Man mag im Glauben an das Weltgewissen solche Zukunftsgefahren für übertrieben halten. Aber hat sich nicht in der letzten Zeit hinreichend gezeigt, daß bittere Ueberraschungen nicht mehr in den Bereich des Unmöglichen gehören? Schließlich sind Rüstungen eine stete Verführung für den Mächtigen, sie gegen die Schwachen zu mißbrauchen. Deshalb ist es gut, rechtzeitig in aller Schärfe zu sagen, welch unerhörte Verhöhnung des Abrüstungsgedankens in den französischen Vorschlägen liegt. Wie man sieht, steht unsere Zukunft als freier Staat auf dem Spiel. Wo aber bleiben in solchen entscheidenden Tagen der verantwortliche deutsche Außenminister und der Reichswehrminister?

Gewiß, Brüning wird zu kurzem Besuch nach Genf kommen. Er wird bei dem großen öffentlichen Rededuell ebenfalls das Wort ergreifen, aber dann sehr rasch wieder nach Berlin fahren. Auch Groener wird in seiner Eigenschaft als Wehrminister zu den Beratungen eilen, um jedoch ebenso rasch Genf wieder zu verlassen, weil wir in Deutschland ja die Innenpolitik niemals über der Außenpolitik versäumen dürfen. Unterdessen gehen die französischen Intrigen, die sich ausschließlich gegen Deutschlands Forderung auf Gleichberechtigung richten, in den entscheidenden Ausschußberatungen weiter. Es ist bezeichnend, daß Frankreich, dessen Lebensrechte auf dieser Konferenz auch nicht einen Augenblick gefährdet sind, vom ersten Tag an mit fünf Ministern, darunter dem Redakteur des Versailler Vertrags, dem außerordentlich gewandten Kriegsminister Tardieu, vertreten ist, von dem der Satz stammt: „Frankreich gibt

Feierlicher Zug von zweihundert Frauen

Eine Demonstration für die Abrüstung

Von unserem nach Genf entsandten W.-H.-Sonderberichterstatter

Genf, 6. Febr. Noch niemals hat sich in den Hallen des Völkerbunds ein Schauspiel abgespielt, wie es heute dem teils heiteren, teil skeptischen, teils freundlich zustimmenden Abrüstungskongreß geboten wurde. Es begann mit einem feierlichen Zug von etwa 200 Frauen, Vertreterinnen aller möglichen Länder, an der Präsidententribüne vorbei, wo sie die Abrüstungspetition der von ihnen vertretenen Frauenverbände niederlegten. Es waren meist dicke Aktenbündel, mit denen sich dieser Frauenzug schleppte. Gleichzeitig wurde die Zahl der Unterschriften verlesen, die jedes Land für die Abrüstung gesammelt hat. An der Spitze steht England mit über 2 Millionen Unterschriften von insgesamt 5,7 Millionen. Die Delegationen und die mit Frauen dicht besetzte Tribüne spendeten Beifall, sobald eine besonders hohe Zahl genannt wurde. Man sieht die Vertreterinnen Chinas und Japans nebeneinander, die Vertreterinnen Uruguays mit einer Art Cowboyhut und auch sonst manche groteske, zur Karikatur reizende Gestalt. Dabei handelt es sich größtenteils um Genferinnen oder andere Europäerinnen, die vielfach mit der Vertretung überseeischer Länder betraut sind. Der Demonstration war die Rede einer Abgesandten der Frauen vorausgegangen, die eine Organisation der Abrüstung und Sicherheit forderte. Auch hier klingen die französischen Propagandathesen leise durch. Den Frauen folgten die Vertreter christlicher Kirchen, mit Ausnahme der römisch-katholischen Kirche, die am Sonntag eine Sonderveranstaltung machen wird, bei der als Hauptredner ein französischer Dominikanermönch sprechen wird. Man hörte heute eine Art Abrüstungspredigt in deutscher Sprache von Dr. Joachim Müller. Hier fiel wenigstens einmal das Wort Gerechtigkeit in Verbindung mit den Rüstungen.

Nach den Vertretern der Kirchen sprachen ein Franzose und ein Amerikaner als Vertreter der Universitäten, nach ihnen ein höchst pathetisch deklamierendes Mitglied der Liga für Menschenrechte, das freilich für das natürlichste Menschenrecht Deutschlands auf Gleichberechtigung und gleichen Schutz kein Wort fand.

Nun kam — von stürmischem Beifall begrüßt — einer der Mitschuldigen an dem Versagen der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz, Lord Robert Cecil,

als Vertreter der internationalen Völkerbundsligen. Seine Rede, die er auf die Beschlüsse der Völkerbundsligen in Budapest aufbaute, war auch diesmal recht zweideutig. Besonders bedenklich war, daß er in der Budgetbeschränkung ein geeignetes Abrüstungsmittel erblickte. Auch hinsichtlich der Sicherheitsthese machte er den Franzosen gewisse nicht unbedenkliche Zugeständnisse. Selbst das verhängnisvolle Wort von der Internationalisierung der Luftfahrt fällt von seinen Lippen. Besser klingt es, als er den Grundsatz von der Gleichheit der Abrüstung aller Staaten — nicht der Gleichheit der Sicherheit! — aufstellt, ohne aber etwas Konkretes zur schleunigsten Erfüllung dieser Forderung vorzuschlagen, es sei denn, daß man das utopische Verlangen nach Abschaffung aller besonders wirksamen Kriegswaffen als einen solchen Vorschlag werten will.

Als vorletzter Redner sprach der belgische Sozialist Vandervelde,

bekanntlich einer der Mitverantwortlichen am Versailler Vertrag, als Vertreter der Zweiten Internationale. Vandervelde verlangte Taten von der Konferenz, ohne aber die Taten genauer zu nennen. Immerhin hat er den Mut, an Clemenceaus Versprechen in Versailles, daß Deutschlands Abrüstung den ersten Schritt für die allgemeine Abrüstung bedeuten müsse, zu erinnern. Er beklagt den Rüstungsunterschied zwischen Siegern und Besiegten; hier müßten ähnliche Grundsätze für alle aufgestellt werden. Zum Schluß wird er dann rein pazifistisch und verlangt in ziemlich deutlichen Worten Kriegsdienstverweigerung. Schon deshalb hat er natürlich hier nichts zu suchen, und seine Rede bleibt rein akademisch. Wird Herr Vandervelde im übrigen auch

in Belgien ebenso reden, wenn er wieder einmal Minister ist?

Dann erst wird sich zeigen, ob er wirklich umgelernt hat.

Die Schlußrede des französischen Gewerkschaftlers Jouhaux war mit Vanderveldes Worten verglichen reichlich farblos und tat niemandem weh.

Heute kamen im Völkerbund leider die Stimmen der Völker nur sehr teilweise oder nur sehr abgeschwächt zum Ausdruck, viel mehr dagegen die Stimmen gewisser ehrgeiziger und zum Teil recht zweifelhafter Verbände. Es wäre eine Selbsttäuschung, wenn Deutschland glauben wollte, hier auf zuverlässige Bundesgenossen rechnen zu können.

SLUB
Wir führen Wissen.